

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

10.07.2024

Inhalt

EWN

1 MV verliert Einwohner: „Es fehlen Jobs und Infrastruktur“ <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 10.07.2024</i>	3
2 Brachen zu Drehscheiben: Erneuerbare Energien sollen den Osten retten <i>TAGESSPIEGEL, 10.07.2024</i>	4
3 Wohin fließt das Wasser? Drängende Fragen vor Lemkes Asse-Besuch <i>Braunschweiger Zeitung, 10.07.2024</i>	6
4 Entscheidung zu Atomruine im August <i>Neue Westfälische - Bielefelder Tageblatt Bielefeld West, 10.07.2024</i>	8
5 AKW-Rückbauspezialist Nukem wechselt von russischem in japanischen Besitz <i>heise.de/news, 09.07.2024</i>	9

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 10.07.2024 | S. 5

 Auflage: 23.530 | Reichweite: 79.409

 Juliane Lange

LESERDEBATTE

MV verliert Einwohner: „Es fehlen Jobs und Infrastruktur“

Die Bevölkerung im Land wird bis zum Jahr 2045 voraussichtlich massiv schrumpfen.

Die sinkende Geburtenrate im Land führt zu einem Schrumpfen der Bevölkerung. Demnach dürfte die Einwohnerzahl Mecklenburg-Vorpommerns einer neuen Prognose zufolge bis 2045 um rund 100 000 Menschen abnehmen. Leser diskutieren über die Gründe für diesen Trend.

Ende 2022 lebten rund 1,6 Millionen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Damit ist MV das am dünnsten besiedelte Bundesland. Bereits in den letzten Jahrzehnten ist die Bevölkerung im Land stark zurückgegangen und wird voraussichtlich weiter schrumpfen. Leserinnen und Leser diskutieren in den sozialen Medien der OZ über Gründe für die sinkende Geburtenrate und über die Folgen für MV.

Der Nutzer mit dem Namen EnjoyMcPom erklärt: „Ich bin selbst Heimkehrer. Und ja, es scheitert an den einfachsten Dingen. Funklöcher. Kein Internetempfang. Kaum kulinarische Highlights. Mitunter schlechte Arbeitsbedingungen und dann der Niedriglohn. Kaum etwas wird dafür getan, die Jugend hier zu halten. Es ist so schade, denn MV ist an sich wunderschön.“

Sven Mue bestätigt: „Ich würde auch liebend gerne heimkehren, aber fehlende Breitbandanbindung, Funklöcher und eine schlechte Bahnanbindung Rostocks sowie fehlende Wohnungen sprechen derzeit dagegen.“ Nutzer Fluxwiewild schreibt: „Wir brauchen halt Migration. Die Integration muss besser werden. Tatsächlich würde die wahrscheinlich am besten funktionieren, wenn man die Zuwanderer einfach arbeiten lässt.“

Kate Kidsbarbie meint: „Der Trend fing doch schon

vor über 20 Jahren an.“ Das sei eben die Entwicklung, so die Leserin, wenn man MV verlasse wegen fehlender Jobs und niedriger Gehälter. Usedomlotse beklagt, dass sich die Politik nicht hinreichend um eine Umkehr dieser Tendenz bemüht. „Es geht von früh bis spät nur darum, ob sich die Touristen wohlfühlen.“

Aus der Sicht von Till Richter liegen die Gründe für die Entwicklung auf der Hand: „Die Infrastruktur ist miserabel und die Politik zu linkslastig. Viele der Leute, die fit waren, haben dieses schöne Land verlassen. Für junge Menschen, die hier eine Familie gründen und bleiben wollen, fehlen Jobs und Infrastruktur. Die fühlen sich hier lebendig begraben.“

Einen Appell an die Landesregierung, etwa bessere Rahmenbedingungen zu schaffen und wirtschaftspolitisch aktiv zu werden, richtet Erik Schoop: Ohne Ansiedlung von mehr Industrie werde sich an der schrumpfenden Bevölkerung ansonsten nichts ändern, meint er. Manfred Wagner sieht ebenfalls die Politik in der Pflicht: „Der Handlungsdruck ist enorm groß. Nur zwei Beispiele: Die Schrumpfung geht mit einer Überalterung einher. Immer weniger Erwerbstätige müssen die Renten von immer mehr Alten finanzieren. Auch die Kranken- und Sozialsysteme geraten weiter unter Druck. Und was wegbrechende Steuereinnahmen bedeuten, dürfte jedem klar sein.“

Brachen zu Drehscheiben: Erneuerbare Energien sollen den Osten retten

Auf der Brachfläche neben dem Kernkraftwerk Lubmin sprießen heute Ackersenf und Strandkamille zwischen grauen Betonplatten. Die längst abgeschalteten DDR-Atommeiler nebenan werden seit Jahrzehnten zurückgebaut. Auf der anderen Seite des Hafenbeckens der Gemeinde enden die Pipelines Nord Stream 1 und 2. Gas strömt hier, zwischen Greifswald und Usedom, längst nicht mehr.

Dieses Lubmin soll, so stellt es sich die Bundesregierung vor, in wenigen Jahren eines der wichtigsten Energiedrehkreuze Deutschlands sein. Statt Atomkraft oder russischem Gas soll an dem unscheinbaren Ostseehafen grüner Wasserstoff in rauen Mengen hergestellt und vor allem importiert werden.

Lubmin, Ort der Visionäre

Erstens durch eine neue Pipeline auf dem Ostseegrund. Zweitens über die Lieferung von Ammoniak und das Umwandeln in Wasserstoff. Die dafür notwendige Anlage wird die größte weltweit, so stellt es sich der Investor Stephan Knabe aus Potsdam vor. Über Lubmin soll die deutsche Industrie maßgeblich mit grüner Energie versorgt werden. Lubmin, Brache für Visionäre.

Aus „war einmal“ soll hier im nordöstlichen Zipfel der Republik „wird schon wieder“ werden. So lautet der Plan der Regierung – und besonders ihres Ostbeauftragten. Der SPD-Politiker Carsten Schneider verbringt einen großen Teil seiner Arbeit im Kanzleramt mit Energiepolitik. Ja, weil der Osten besonders vom Strukturwandel – also dem Abschied von Kohle und Gas – betroffen ist, aber auch, weil der Thüringer die grüne Energie für ein Aushängeschild der Ostländer hält. Aufschwung durch Sonne und Wind. Kann das gelingen?

Ostdeutschland hat schon jetzt einen Vorsprung bei Erneuerbaren Energien. Bis Mai 2024 waren die ostdeutschen Flächenländer für fast 30 Prozent der in Deutschland produzierten grünen Energie verantwortlich. Das Statistische Bundesamt spricht von einer Vorreiterrolle in diesem Bereich – denn nur 15

Prozent der Menschen leben im Osten. Bundeskanzler Olaf Scholz formulierte es Mitte Juni so: Er wolle für alle in Deutschland eine sichere Energieversorgung herstellen. „Mit dem gerade im Osten Deutschlands so erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien wird das gelingen“, versprach Scholz.

Der Ostbeauftragte geht noch einen Schritt weiter: Laut Schneider würden zentrale Industrieprojekte im Osten vor allem wegen der Vorreiterrolle bei Erneuerbaren Energien gelingen. Als Beispiele führt er Tesla in Grünheide, Intel in Magdeburg, der chinesische Batteriehersteller CATL in Thüringen oder Mikrotechnologieunternehmen in Dresden an. Ostdeutschland sei „Zentrum der Halbleiterindustrie in Europa“ sagte er vor einiger Zeit dem Tagesspiegel. Und diesen Satz: „Viele Ostdeutsche befinden sich bald auf der Sonnenseite des Kapitalismus.“

Tatsächlich wächst die ostdeutsche Wirtschaft zuletzt stärker als die gesamtdeutsche. Laut der Dresdner Niederlassung des Ifo-Instituts soll die ostdeutsche Wirtschaft 2024 um 1,1 Prozent wachsen. Dagegen sind die Erwartungen bundesweit mit 0,4 Prozent deutlich gedämpfter. Allerdings dämpft Oliver Holtemöller vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) die Erwartungen. „Das aktuell stärkere Wachstum in Ostdeutschland ist eher auf Einmaleffekte zurückzuführen“, sagt der Wirtschaftsforscher. Dazu zählen etwa Großansiedlungen wie Tesla oder mehr Rüstungsaufträge für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern.

Holtemöller sagt: „Um dauerhaft Wirtschaftswachstum zu erreichen, reicht grüne Energie nicht.“ Es brauche auch Kapital und Arbeitskräfte. „Vor allem Arbeitskräfte werden in Ostdeutschland knapper“, sagt der Wirtschaftsforscher. In den nächsten 20 Jahren wird die Zahl der Menschen in Ostdeutschland um mindestens 560.000 zurückgehen. Das sind acht Prozent, trotz Zuwanderung.

Zumindest für die alte Brachfläche in Lubmin scheint das kein Problem zu sein: Die Betreiber der Gas- und

Wasserstoffpipelines hier beschäftigen auf dem Betriebsgelände fünf Mitarbeiter – der größte Teil der Arbeit funktioniert vollautomatisch. Doch zumindest das Kapital für den Import und die Produktion des grünen Wasserstoffes hier kommt nicht aus Dubai, den USA oder München, sondern aus: Potsdam.

20 Kilometer von Lubmin entfernt arbeiten drei Dutzend Engagierte in Neuenkirchen an ihrer eigenen Energiewende. Sie haben sich zusammengetan, um die Gemeinde mit Solarenergie zu versorgen – und irgendwann selbst daran mitzuverdienen. „Wir wollen Energie lokal erzeugen, lokal verbrauchen und auch privat finanzieren“, sagt Andreas Dinklage von der Energiegenossenschaft. Noch in diesem Jahr sollen die ersten Anlagen aufs Dach, die Gemeinde beteiligt sich. In Ostdeutschland ist das Projekt noch immer ein Sonderfall: Nur rund 100 von 900 Energiegenossenschaften befinden sich hier.

Schneider erklärt sich das auch damit, dass die Ostdeutschen von ihrem Vorteil bisher zu wenig profitiert hätten. Bisher werden Unternehmen und Bürger im Osten für den vielen grünen Strom, der bei ihnen vor der Tür produziert wird, nämlich bestraft. Die Netzentgelte sind dort besonders hoch, wo in der letzten Zeit viele Windkraft- und Solaranlagen entstanden sind – also besonders im Norden und Nordosten der Republik. Doch Besserung ist in Sicht: Ab 2025 soll die Bundesnetzagentur einen Vorschlag machen, der den Osten nicht mehr derart benachteiligt.

Ist der Traum schon wieder aus?

Schneider wirbt, wo er kann, für die grüne Kraft aus dem Osten. Ohne Ostdeutschland keine Energiewende. Das alles sei „noch zu wenig positiv erzählt“, glaubt

der Ostbeauftragte. Aber profitiert letztlich auch der Osten?

Holtemöller ist skeptisch. „Ich gehe nicht davon aus, dass Ostdeutschland durch mehr grüne Energie das Power House des Landes wird“, sagt der Wirtschaftsforscher aus Halle. „Moderne Wasserstoffleitungen werden die Lebensverhältnisse nicht entscheidend ändern.“ Es müsse stattdessen mehr in Forschung und Entwicklung investiert werden, in Köpfe.

„Es nützt nichts, wenn grüner Strom da ist, aber niemand, der ihn verbraucht“, sagt Holtemöller. „Vereinfacht gesagt: Es braucht nicht neue Leitungen durch Ostdeutschland, sondern ostdeutsche Unternehmer, die mit neuen Ideen etwas entlang dieser Leitungen aufbauen.“ Nicht wenige Forscher sehen es wie er. Aus der Traum?

Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, Greifswald. Nur wenige Kilometer entfernt von Lubmin steht ein Monstrum aus Spulen, Röhren, Leitungen, ein sogenannter Stellarator. Das Ziel: der Nachweis, dass mit Kernfusion im großen Maßstab Energie gewonnen. Das könnte den Strom aus Wind und Sonne ergänzen. Eine Weltrevolution womöglich entwickelt im Osten. Carsten Schneider wäre das ganz recht. (mit dpa)

Die Gasempfangsstation der ehemaligen Ostseepipeline Nord Stream 2 in Lubmin.

Zitat

„Ich gehe nicht davon aus, dass Ostdeutschland durch mehr grüne Energie das Power House des Landes wird.“ - Oliver Holtemöller, Professor für Volkswirtschaftslehre

 Braunschweiger Zeitung | 10.07.2024 | S. 2

 Auflage: 26.175 | Reichweite: 83.003

 Andre Dolle

Wohin fließt das Wasser? Drängende Fragen vor Lemkes Asse-Besuch

Im maroden Atom-mülllager Asse nimmt einsickerndes Wasser unbekannte Wege. Die Bundesumweltministerin ist besorgt und fährt Mittwoch ins Bergwerk ein.

Wolfenbüttel. Bundesumweltministerin Steffi Lemke besucht zum zweiten Mal innerhalb eines guten Jahres das marode Atommülllager Asse bei Wolfenbüttel. Vor einem Jahr kam die Grünen-Politikerin aufgrund des öffentlichen Drucks in den Landkreis Wolfenbüttel. Nun ist es die Sorge wegen des einsickernden Wassers, das sich neue, unbekannte Wege bahnt. Die Ministerin will deshalb am Mittwoch erneut in das alte Bergwerk einfahren. Die wichtigsten Fragen und Antworten vor dem Lemke-Besuch:

Was ist mit dem Atommülllager Asse eigentlich gemeint?

In das ehemalige Salzbergwerk Asse II wurden zwischen 1967 und 1978 rund 126.000 Fässer mit Atom-müll und chemischen Abfällen gebracht. Weil die Grube instabil ist und voll Wasser zu laufen droht, sollen die Behälter an die Oberfläche geholt werden. Das kostet alleine bis zum geplanten Beginn der Bergung im Jahr 2033 drei bis eher vier Milliarden Euro. Die Nachbarschächte Asse I und Asse III waren schon früher vollgelaufen und aufgegeben worden.

Was hat sich im maroden alten Bergwerk plötzlich verändert?

Seit vielen Jahren schon laufen etwa 12.000 Liter Wasser pro Tag in das marode alte Bergwerk, das in Bewegung ist. Mal etwas mehr, mal etwas weniger, aber doch relativ konstant. Der Betreiber der Asse, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), konnte den Großteil der täglich einsickernden 12 Kubikmeter in 658 Metern Tiefe auf der dortigen Sohle auffangen. Das hat sich in den letzten Monaten jedoch zunehmend verändert.

Die BGE kann bisher nur mutmaßen, welchen Weg das Wasser jetzt nimmt. In der Hauptauffangstelle in 658 Metern Tiefe kamen seit Ende Juni/Anfang Juli nur noch etwa 1 Kubikmeter pro Tag an. Das sagte ei-

ne BGE-Sprecherin am Dienstag auf Anfrage. Die BGE geht davon aus, dass immer noch etwa 12 Kubikmeter in das Bergwerk eindringen – also nicht mehr als sonst. Das ist die gute Nachricht. Ein Teil des Wassers landet aber mittlerweile schon auf der 725-Meter-Sohle. Nur 25 Meter tiefer lagert in den Kammern der Großteil des leicht- und mittelradioaktiven Atommülls.

Wie hat sich Ministerin Lemke vor ihrem Asse-Besuch geäußert?

Ein Sprecher des Bundesumweltministeriums sagte unserer Zeitung: „Die Ministerin nimmt die Situation in der Asse ernst.“ Das Umweltministerium in Niedersachsen, der Betreiber BGE und das Bundesamt für die Sicherheit der Nuklearen Entsorgung (BASE) würden die Lage „permanent“ im Blick behalten. Zwischen den Beteiligten gebe es einen regelmäßigen Austausch, weil die Situation in der Asse genau untersucht, beobachtet und bewertet werden müsse.

Vor allem auf den Betreiber BGE komme es nun an. Der Sprecher sagte: „Die BGE berichtet weiterhin umgehend, fortlaufend und detailliert über die Vorgänge in der Asse, legt Vorschläge vor, wie eine unkontrollierte Ausbreitung von Salzlösung im Bergwerk verhindert und die Rückholung der radioaktiven Abfälle gesichert werden kann.“

Die BGE sucht intensiv nach der Ursache der Tatsache, dass das seit langem einsickernde Salzwasser inzwischen neue, unbekannte Wege nimmt. Die BGE versucht unter anderem, die Folie in der Hauptauffangstelle in 658 Metern Tiefe zu flicken. Das Problem: Die Mitarbeiter kommen schlecht an sie heran. Der Lemke-Sprecher sagte dazu: „Aus unserer Sicht sind die ersten Maßnahmen der BGE angemessen und die sofortige Ausrufung der Vorwarnstufe Ausdruck des ernsthaften Umgangs mit der Situation.“

Wie wird der Besuch von Ministerin Lemke ablaufen?

Die Ministerin wird am Mittwoch gegen Mittag an der Asse erwartet. Mitglieder von Bürgerinitiativen wollen Lemke dann gleich in Empfang nehmen, haben extra neue Banner angefertigt, wie es hieß. Die Initiativen wollen die Ministerin zur Rede stellen. Es ist davon auszugehen, dass sich Lemke einige Minuten Zeit nehmen wird, um mit den Bürgern zu diskutieren.

Dann wird die Ministerin zusammen mit BGE-Chefin Iris Graffunder in das alte Bergwerk einfahren. Auch Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (ebenfalls Grüne) ist dabei. Lemke wird auf der 725-Meter-Sohle Station machen, wo bereits ein Teil des Wassers ankommt. Sie wird sich auch vor den Kammern mit Atommüll auf der 750-Meter-Sohle einfinden. Die BGE erwartet übrigens ein großes Medienaufkommen. ZDF, NDR und RTL sind dabei, auch Vertreter vom Spiegel, der Süddeutschen Zeitung oder der dpa.

Was sagen der Betreiber BGE und die Aufsichtsbehörde, das BASE?

BASE-Präsident Christian Kühn (Grüne), der zuvor Staatssekretär im Lemke-Ministerium war, mahnte schnelleres Handeln für die Bergung an. „Die Rückholung und die Notfallvorsorgemaßnahmen müssen jetzt beschleunigt vorangetrieben werden“, sagte der Chef der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde zuletzt gegenüber der dpa.

Im Mai hatte sich BGE-Chefin Graffunder gegenüber unserer Zeitung geäußert. Sie sagte: „Es ist nicht vollkommen planbar, wie sich der Berg entwickelt. Durch diese starke Veränderung des Wasserzutritts sind wir alarmiert.“ Aufsichtsbehördenchef Kühn betonte, dass die jetzige Situation kein Grund für Alarmismus sei.

Wie äußern sich die Asse-Bürgerinitiativen?

Heike Wiegel vom Verein „Aufpassen“ ist zwar gespannt auf den erneuten Besuch von Ministerin Lem-

ke in der Asse, erwartet aber nicht allzu viel. „Sie hat uns schon vor einem guten Jahr intensive Gespräche versprochen. Daraus ist rein gar nichts geworden. Das war nur eine Stippvisite.“ Wiegel erwartet, dass es dieses Mal ähnlich wird.

Wiegel glaubt außerdem nicht daran, dass die Ministerin überhaupt noch viel bewegen könne. „In einem guten Jahr sind Bundestagswahlen. In einem halben Jahr beginnt schon der Wahlkampf, da bleibt nicht mehr viel Zeit für ernstgemeinte Politik.“ Wiegel übt grundsätzliche Kritik an der Ministerin: „Sie hat bei der Asse einfach alles laufen lassen. Dafür wird die Ministerin aber viel zu teuer bezahlt.“

Was sind weitere strittige Fragen?

Bürgerinitiativen, Wolfenbüttels Landrätin Christiana Steinbrügge (SPD) und andere Lokalpolitiker versuchen weiterhin vehement, das geplante Zwischenlager direkt an der Asse zu verhindern. Es braucht ein solches Zwischenlager, wenn der Müll geborgen werden soll. Er muss neu sortiert und verpackt, dann gelagert werden, bevor er in ein noch zu findendes Endlager transportiert wird. Die Zwischenlagerung wird Jahrzehnte dauern.

Der Sprecher des Bundesumweltministeriums sagte zum geplanten Zwischenlager an der Asse unmissverständlich: „In ihrer Stellungnahme hat die BGE noch einmal die nachvollziehbaren Gründe für ihre Standortauswahl angeführt. Als Argumente, die für ein Asse-nahes Zwischenlager sprechen, lassen sich beispielsweise nennen: Abfalltransportstrecken reduzieren sich infolge der Nähe zur Schachanlage maßgeblich, was mit einer verringerten Strahlenbelastung einhergeht. Außerdem ist ein Asse-nahes Zwischenlager für eine unterbrechungsfreie Rückholung der Abfälle vorteilhaft.“

Wiegel vom Verein „Aufpassen“ kämpft trotzdem für einen alternativen Standort, sagte aber auch: „Lemke wird wahrscheinlich wieder sagen, sie habe kein anderes Zwischenlager in der Tasche.“

📰 Neue Westfälische - Bielefelder Tageblatt Bielefeld West | 10.07.2024 | S. 16

📄 Auflage: 10.236 | Reichweite: 31.649

👤 Michael Schläger

Entscheidung zu Atomruine im August

Stadtwerke sollen für Rückbau in Hamm zahlen.

Bielefeld. Ende August wird sich entscheiden, in welchem Umfang die Stadtwerke Bielefeld am Rückbau des Thorium-Hochtemperaturreaktors (THTR) in Hamm beteiligt werden. Wegen dafür notwendiger Rückstellungen in Millionenhöhe ist das Versorgungsunternehmen 2023 ins Minus gerutscht. Wäre eigentlich ein bescheidenes Millionen-Plus herausgekommen, steht unterm Strich jetzt eine rote Zahl.

Am vergangenen Freitag verhandelte das Landgericht Düsseldorf über die „geordnete Restabwicklung“ des Atommeilers. Die Hochtemperaturkernkraftwerke GmbH (HKG) wendet sich gegen den Bund und das Land Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel, dass beide ihr sämtliche nicht durch eigene Mittel gedeckten Kosten für den THTR-Rückbau erstatten soll.

Das Bielefelder Versorgungsunternehmen war nicht nur Anteilseigner am Kernkraftwerk Grohnde, es ist als Mitgesellschafter am Gemeinschaftskraftwerk Weser auch an der HKG beteiligt, die den Hammer Reaktor betrieb. 8,67 Prozent der Atomruine gehören den Stadtwerken Bielefeld.

Die Entsorgungskosten für den THTR wurden noch 2020 auf 753 Millionen Euro geschätzt. Das antwortete seinerzeit die Landesregierung auf eine entsprechende Anfrage der Grünen. Inzwischen ist von einem Milliardenbetrag die Rede. In dem Verfahren beruft sich die HKG auf einen im Jahr 1989 zwischen den Parteien geschlossenen Rahmenvertrag. Bund und Land wenden

sich gegen eine unbegrenzte und zeitlich unbefristete finanzielle Verpflichtung, die dem Rahmenvertrag ihrer Ansicht nach nicht zu entnehmen sei.

Die 10. Zivilkammer hatte in der fast fünfstündigen mündlichen Verhandlung insbesondere die einzelnen vertraglichen Absprachen sowie die Umstände des Vertragsschlusses mit den Parteien erörtert. Beide Seiten haben nun die Gelegenheit, bis Mitte August nochmals Stellung zu nehmen.

Der THTR wurde im Rahmen der Atomprogramme der 1960er und 1970er Jahren errichtet. Zwischen 1985 und 1989 befand sich das Kernkraftwerk im Leistungsversuchsbetrieb, bis es im Jahr 1989 stillgelegt wurde. Im Jahr 1997 wurde der sichere Einschluss der Anlage abgeschlossen, und es begann der Erhaltungsbetrieb für 30 Jahre. Jetzt steht der teure Rückbau an.

Der Reaktor galt seinerzeit als Hoffnungsträger der Atomwirtschaft. Die hohen Temperaturen des AKW mit einer Leistung von mehr als 300 Megawatt sollten es auch möglich machen, Steinkohle in Gas umzuwandeln. Damit sollte der Kohlenbergbau im Ruhrgebiet abgesichert werden, und man wollte sich unabhängiger von Gasimporten machen.

Doch der Hochtemperaturreaktor erwies sich als Fehlkonstruktion. Die kugelförmigen Brennelemente zerbröselten. Es kam immer wieder zu Betriebsausfällen. Am Ende brachte es die Anlage auf magere 16.500 Betriebsstunden.

 heise.de/news | 09.07.2024 Andreas Wilkens WEBLINK

AKW-Rückbauspezialist Nukem wechselt von russischem in japanischen Besitz

Der bisherige russische Besitzer brachte Nukem nach dem Überfall Russland auf die Ukraine Probleme. Diese könnten nun gelöst sein.

Das japanische IT-Unternehmen Muroosystems übernimmt Nukem Technologies, das auf den Rückbau von Atomkraftwerken und Behandlung von radioaktiven Abfällen spezialisiert ist. Seit 2009 war das Unternehmen in russischem Besitz, zunächst Tochtergesellschaft des AKW-Bauers Atomstroyexport, seit 2019 gehörte es zur Brennstofffirma TVEL, die wiederum dem russischen Konzern Rosatom gehört.

Wegen dieser Verknüpfungen mit russischen Unternehmen meldete Nukem Technologies im April dieses Jahres Insolvenz in Eigenverwaltung an. Nukem selbst sprach in einer Mitteilung von Herausforderungen, "die sich aus verschlechterten Rahmenbedingungen für die unternehmerischen Aktivitäten aufgrund der Eigentumsverhältnisse nach Ausbruch des Ukrainekrieges im Februar 2022 ergeben hatten". Zudem sei wegen rechtlicher Unsicherheiten im Zusammenhang mit der russischen Eigentümerschaft ein Verkaufsprozess gescheitert.

Verkaufsgespräche seit 2022

2022 war nämlich schon wegen der "angespannten geopolitischen Herausforderungen" die Entscheidung gefallen, Nukem zu verkaufen. Seitdem seien mit Interessenten intensive Verkaufsgespräche geführt worden. Muroosystems erwirbt alle Anteile an der Nukem Technologies Engineering Services GmbH sowie wesentliche Vermögenswerte der Muttergesellschaft Nu-

kem Technologies GmbH, heißt es nun in einer Mitteilung. Der neue Eigentümer ermögliche es Nukem, in die Märkte zurückzukehren, die wegen der bisherigen Eigentümerstruktur nicht mehr zugänglich waren.

Das 1960 gegründete Unternehmen Nukem stellte zunächst nukleare Brennelemente her, etwa für das erste kommerzielle Atomkraftwerk im bayerischen Kahl. Mit Förderung der Bundesregierung erarbeitete sich Nukem Know-how für die Herstellung der Brennelemente. Seit Ende der 1960er Jahre verlegte sich Nukem auf andere Felder des Brennstoffkreislaufs, wie es das Unternehmen selbst schildert. In den 1980er Jahren geriet die Nukem-Tochter Transnuklear in den Verdacht, radioaktiven Müll illegal entsorgt zu haben. Transnuklear und Nukem wurden die atomrechtlichen Genehmigungen und damit die Betriebserlaubnis entzogen, Nukem konzentrierte sich daraufhin auf nukleare Ingenieurtechnik mit Anlagenbau sowie der Handel mit Uran.

2006 verkaufte die Muttergesellschaft RWE die Nukem-Gruppe an einen Finanzinvestor. Der Handel mit Brennstoff für Leistungs- und Forschungsreaktoren sowie der Handel mit Isotopen, wurden in der Nukem GmbH gebündelt, die Tochter Nukem Technologies konzentrierte sich auf die Bereiche Rückbau, Management von radioaktiven Abfällen sowie Ingenieurtechnik.